

Frankfurter Allgemeine  
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Moody's Wink

Der Föderalismus hat es nicht leicht. Es gibt kaum noch einen Mischstand, für den er nicht verantwortlich gemacht wird. Bildung, Sicherheit, Energie, Finanzen – die Länder stehen als Sündenböcke da und verteidigen sich mit dem Argument, das komme alles nur davon, dass sie viel weniger Spielraum hätten, als behauptet werde. Die Ratingagentur Moody's hat den sechs Bundesländern, die sie bewertet, mit schlechteren Noten gedroht. Das ist die Konsequenz aus der Warnung, ganz Deutschland herabzustufen, denn es liegt nahe, von einer möglichen Überlastung des Bundesstaats auf die Verlegenheit seiner Länder zu schließen. Aber pauschal, ohne Unterschied? Im Streit über den Länderfinanzausgleich ist vor kurzem noch viel von Anreizen gesprochen worden. Zwischen den Ländern ist da offenbar nicht viel zu holen. Es müsste bei einheitlichen Maßstäben mehr Verantwortung der Länder gegenüber dem Bund hinzukommen, also nicht weniger, sondern mehr Föderalismus geben. Die Lehre aus der europäischen und aus der deutschen Schuldenkrise ist deshalb gar nicht so unterschiedlich.

## Nach drei Jahren

Der Präsident der EU-Kommission reist viel. Zwar dürfte er es nicht auf so viele Flugkilometer wie die IWF-Chefin bringen, aber einiges kommt schon zusammen. Nun führt der Terminplan Barroso nach Athen, ins Herz der Krisenfinsternis. Mit Ministerpräsident Samaras will er über die Lage in Griechenland sprechen. In der Tat, da gibt es einiges zu besprechen, den drohenden Zahlungsausfall oder den Reformier der Regierung. Wichtig, notwendig. Aber Achtung: Das letzte Mal war Barroso vor drei Jahren in Athen. Selbst wenn griechische Minister und ihre Chefs in Dauerkontakt mit den Brüsseler Spitzen stehen, so hätte Barroso nicht so viel Zeit verstreichen lassen müssen, um wieder Stimmung und Aussichten an Ort und Stelle zu erkunden. Schließlich handelt es sich um das Mitglied der Eurozone, mit dessen Schicksal viele die Zukunft der Währungsunion verbinden. Immerhin bringt Barroso ein Geschenk mit, das seine Gastgeber erfreuen wird: Er hat, na klar, die EU-Regierungen dafür gescholten, dass sie im EU-Haushalt 2013 weniger ausgeben wollen als die Kommission. War da was mit Sparen? K.F.

## Dornige Fragen

Politisch waren die Würfel gefallen, als Assad auf die friedlichen Proteste gegen sein Regime mit brutaler Gewalt reagierte. Im Kontext der Arabellion hieß das: Assad hat in Syrien seine Chance verpasst und – umgedreht – Syrien hat mit Assad keine Chance mehr. Militärisch sieht die Lage anders aus. Weil es immer mehr Überläufer gibt und Dissidenten Anschläge auf die Köpfe des Sicherheitsapparates organisieren können, ist es zwar möglich, dass die herrschende Clique bald von einer Palastrevolte hinweggefegt wird. Wegen der immer noch ungleichen Kräfteverhältnisse kann sich der Bürgerkrieg aber auch hinziehen. Die Frage, ob der Westen den Widerstand aufrüsten soll, um das Ende Assads zu beschleunigen, bleibt aber dornig. Vorerst gibt es „die“ Opposition in Syrien nicht, und deshalb bleibt unklar, wem man Waffen liefern sollte, ohne dass diese in einem Machtkampf, der nach Assads Abgang ausbrechen könnte, in den falschen Händen sind. Bevor da entschieden wird, muss sich die syrische Opposition einigen und vom Westen politisch in Verantwortung genommen werden. Nm.

## Der durchleuchtete Vorpommer

Warum der Nordosten die Wissenschaft derart interessiert – und was dabei herauskommt / Von Frank Pergande

GREIFSWALD, im Juli Die Küstenautobahn hat das Leben der Vorpommern verlängert. Seit 2005 die A20 übergeben wurde, hat sich die Zahl der schweren Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang vor allem bei jungen Männern drastisch verringert. In den neunziger Jahren lag die Lebenserwartung der Männer in Vorpommern sechs Jahre unter dem Durchschnitt Süddeutschlands. Inzwischen sind es nur noch zwei Jahre. Wobei das freilich nicht nur der Autobahn anzurechnen ist, sondern auch einer besseren medizinischen Versorgung seit dem Ende der DDR. Auch die Angleichung der Trinkgewohnheiten zwischen Ost und West spielt eine Rolle. Die verbesserte Gesundheitssituation im Nordosten ist wissenschaftlich exakt nachweisbar. Seit fünfzehn Jahren gibt es hier eine weltweit einzigartige Bevölkerungsstudie – die „Study of Health in Pomerania“ (SHIP) der Greifswalder Universität.

Überhaupt ist es ein Phänomen, was die Wissenschaft alles über die Vorpommern herausgefunden hat. Nicht nur bei SHIP und den darauf fußenden Projekten. Neben den Medizinern forschen auch Soziologen, Psychologen und selbst Historiker über die Vorpommern. Die Wissenschaftler, die das betreiben, kommen von der Greifswalder Universität, aber auch aus der Fachhochschule im mecklenburgischen Neubrandenburg. Schon die Größe macht SHIP gleichsam zum Kernstück der Vorpommern-Forschung. SHIP erfasst den Gesundheitszustand der Menschen in Vorpommern in einem repräsentativen Bevölkerungsquerschnitt. 1997 begann das Projekt mit 4300 Erwachsenen als Probanden. Es folgten zwei weitere Phasen, zuletzt mit noch 2500 Probanden. Hinzu kommt eine weitere Studie mit noch einmal 4800 Probanden, „SHIP trend“ genannt. Was die aktuellen Studien über die Vorpommern herausbekommen haben, wird im Herbst vorgestellt.

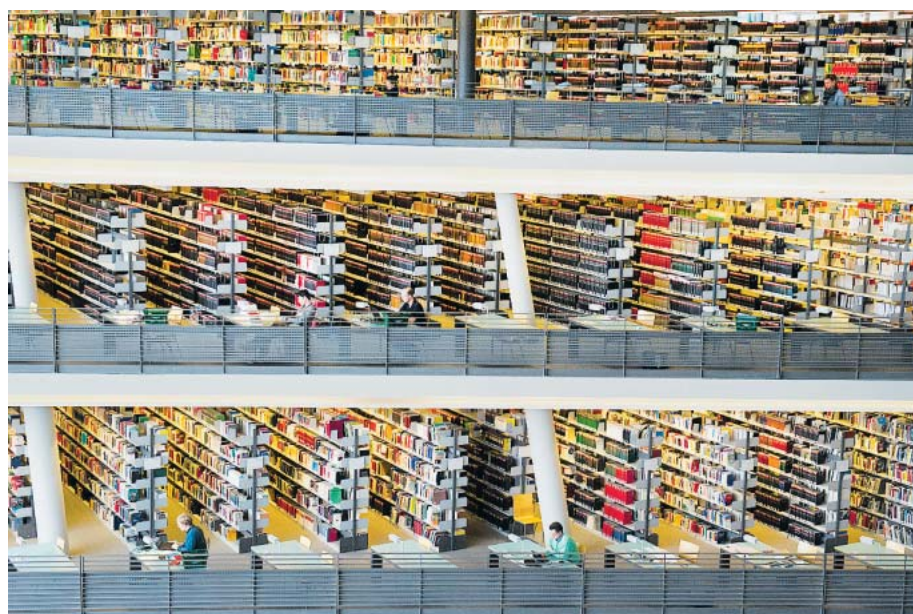
Freilich hat es in den zurückliegenden fünfzehn Jahren schon viele erstaunliche Zwischenergebnisse gegeben. Das rigide Nichtraucherschutzgesetz in Mecklenburg-Vorpommern hat mit der Studie zu tun oder die Jodsalzprophylaxe, die be-

reits statistisch erkennbar zu einem Rückgang der Schilddrüsenerkrankungen führte. SHIP erbrachte den Nachweis, dass es einen wechselseitigen Zusammenhang zwischen dem Zustand der Zähne und Diabetes gibt. Oder dass für Krankheiten der Schilddrüse wie auch für Gicht und Fettleber genetische Ursachen verantwortlich sein könnten. SHIP hat aber auch herausgefunden, dass die Vorpommern sich, was die Dickleibigkeit angeht, „immer mehr amerikanischen Ver-

hältnissen annähern“, wie es Henry Völzke sagt, der seit Jahren an SHIP mitwirkt und jetzt Professor und Studienleiter ist. Wer als Proband mitmacht, durchläuft drei Stationen. Es beginnt mit einer allgemeinen Untersuchung des Gesundheitszustandes – Blutdruck, EKG, Ultraschall, aber auch Augen- und Zahnuntersuchung. Es folgt die gründliche Untersuchung von Herz, Kreislauf und Lunge, schließlich die Magnetresonanztomographie (MRT). Auch der genetische Fingerabdruck wird genommen. Nicht nur der Umfang der Untersuchungen macht SHIP

besonders. Mindestens genauso wichtig ist die Standardisierung aller Untersuchungen, die erst dadurch exakte und vergleichbare Daten liefern. Völzke spricht von einem „wissenschaftlichen Datenschatz“, dessen Bedeutung weit über Vorpommern hinausgeht. „Wir bekommen hier eine einzigartige Datensammlung, welche die öffentliche Gesundheitsfürsorge verbessert. Wir erkennen bislang unbekannte Zusammenhänge, können neue Risikofaktoren ausmachen und kommen

community Medicine zwei günstige Voraussetzungen mit: Sie ist eine vergleichsweise kleine Hochschule, wo die einzelnen Disziplinen ohnehin auf Zusammenarbeit angewiesen sind. Und sie konnte leicht Probanden finden, als es mit SHIP losging. Die Probanden kannten nämlich keine übertriebene Sorge, dass ihre Daten in falsche Hände gelangen könnten. Sie waren eher selbst daran interessiert, etwas über ihren Gesundheitszustand zu erfahren. Der Zulauf an Probanden habe alle Erwartungen übertroffen, sagt Völzke. Inzwischen habe sich aber auch in Sachen Datenschutz West und Ost angeglichen. „Ein übertriebener Datenschutz jedoch behindert Gesundheitsforschung im öffentlichen Interesse.“ Seit einiger Zeit baut das Forschungsprojekt „Greifswald Approach to Individualized Medicine“ (Ganimed) auf SHIP auf, alle mit dem großen Ziel, irgendwann zu einer individualisierten Medizin zu kommen, die eine Antwort auf den demographischen Wandel sein könnte und bei der es darum geht, „durch modernste Diagnostik und neue, individuell auf die Bedürfnisse des Patienten ausgerichtete Verfahren die Effektivität der Behandlung zu steigern und unerwünschte Nebenwirkungen zu vermeiden“.



Stätte des Wissens: Lesesaal der Universitätsbibliothek Greifswald

Foto dpa

auch in der Behandlung von Krankheiten voran“, sagt Völzke.

Es gab auch einen ganz anderen Grund dafür, weshalb Vorpommern derart erforscht ist. So traditionsreich die Medizin an der 1456 gegründeten Greifswalder Universität war, mit dem Ende der DDR brauchte sie einen Neuanfang. „Community Medicine“ hieß das Zauberwort, Bevölkerungsmedizin. Einzige Voraussetzung war damals, dass es schon ein Institut für Sozialmedizin gegeben hatte, um das herum sich der neue Forschungsschwerpunkt aufbaute. Die Universität brachte für Com-

munen Versagen. Die schmeichelhafte laut: Er glaubte seiner eigenen Wahlkampfrhetorik und wollte als Präsident die Konfrontation zwischen Demokraten und Republikanern überwinden und die Nation einen. Das war naiv, und damit ist er gescheitert. Obama ist heute so umstritten wie Bush auf dem Höhepunkt des Irak-Kriegs. Wahrscheinlich war auch er zu unerfahren für das Präsidentenamt. Vor seinem Einzug ins Weiße Haus diente er gerade einmal vier Jahre als Senator, nie hatte er als Gouverneur eine Landesregierung oder als Minister eine Behörde geleitet. Möglich scheint schließlich, dass Obama einfach charakterlich ungeeignet ist für die polarisierte, oft gehässige Politik im heutigen Amerika. Er vertraut zu sehr auf das rationale Argument und scheut den Konflikt. Den Fehdehandschuh, den ihm die Tea Party hinwarf, hat er nie aufgehoben. Als Präsident jedoch zu versuchen, es allen recht zu machen, geht selten gut – schon gar nicht bei der kompromisslosen Oppositionspolitik der Republikaner. Zunehmend verfängt damit die Botschaft seines Herausforderers Mitt Romney: „Obama ist ein gutwilliger, aber überforderter Präsident ohne Kompass; in schwierigen Zeiten braucht Amerika aber einen Mann mit Wirtschaftskompetenz und Führungskraft.“ Dem amtierenden Präsidenten bleibt nicht mehr viel Zeit, dieses Bild zu korrigieren und damit die Chancen zu erhöhen, seine deutsche Fangemeinde am 6. November glücklich zu machen.

Der Autor ist Professor für Internationale Politik an der Universität Regensburg.

## Fremde Federn: Stephan Bierling

## Obama am Ende?

Die Liebesaffäre der Deutschen mit Barack Obama ist ungebrochen. 89 Prozent finden, er habe eine zweite Amtszeit verdient. In den Vereinigten Staaten dagegen ist weniger als die Hälfte der Bürger mit ihm zufrieden. Wie kann es sein, dass der umjubelte Hoffnungsträger und große Sieger der Präsidentenwahl von 2008 heute so unpopulär ist in den Vereinigten Staaten?

Die kurze Antwort lautet: Die Wirtschaftskrise ist tiefer und hartnäckiger, als von Obama und seinen Beratern erwartet, und der Präsident hat seinen Landsleuten nicht das Gefühl vermittelt, er nehme sich mit ganzer Kraft und mit überzeugenden Konzepten ihrer ökonomischen Nöte an. Pech und Unvermögen also, das Zwillingpaar, das schon Präsidenten wie Carter 1980 und Bush senior 1992 die Wiederwahl vermasselte.

Zunächst zum Pech. Obama erbte von seinem Vorgänger die schwerste Wirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren. Sie ließ nicht nur das Bruttoinlandsprodukt einbrechen, sondern auch die Arbeitslosenzahlen und das Haushaltsdefizit nach oben schießen. Für einen Italiener oder Franzosen mag eine Arbeitslosenquote von 9 Prozent nicht dramatisch klingen, daran hat sich der größte Teil Europas in den vergangenen 30 Jahren gewöhnt. Amerikaner jedoch, die unter Clinton und Bush junior fast durchweg Vollbeschäftigung hatten, schockieren solche Zahlen. Unter Obama sprang das Haushaltsdefizit auf griechisches Niveau. Hauptgrund dafür waren die kollabierenden Steuereinnah-

men, teure Wachstumsprogramme und die Kriege im Irak und in Afghanistan.

Gegen all das konnte Obama nicht viel tun. Bei der Rezession in den Vereinigten Staaten handelt es sich nämlich nicht um einen normalen Konjunktur-einbruch. Die Krise der vergangenen vier Jahre war vielmehr Folge einer geläperten Immobilienblase, deren Finanzierung über undurchschaubare Derivate das gesamte amerikanische Bankensystem an den Rand des Kollapses brachte. Die Erfahrung zeigt, dass solche vom Finanzmarkt ausgehenden Krisen schwerer und länger sind als konjunkturelle Schwächeperioden. Obama hat zwar einiges erreicht: Er brachte schon im ersten Amtsmonat das größte Konjunkturpaket der amerikanischen Geschichte in Höhe von fast 900 Milliarden Dollar auf den Weg, führte das erfolgreiche Bankensanierungsprogramm seines Vorgängers fort und rettete die Autoindustrie vor dem Bankrott. Aber die Wähler belohnen Politiker nicht, wenn sie verhindern, dass Katastrophen eintreten, sondern wenn sie einen Weg aus der Krise weisen. Hier kommt Obamas Unvermögen ins Spiel.

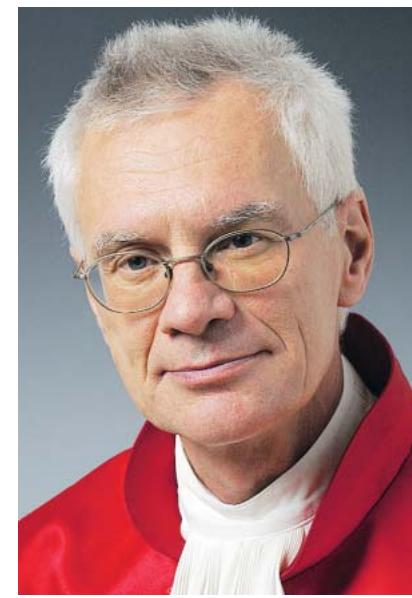
Anstatt sich wie ein „Laserstahl“ – so versprach es Clinton in seinem Wahlkampf 1992 – auf die ökonomischen Nöte der Amerikaner zu konzentrieren, nahm sich Obama andere Projekte vor, allen voran die Reform des Krankenversicherungssystems. Dabei erreichte er, was fünf demokratischen Amtsvorgängern nicht gelungen war: eine Ausweitung des Versicherungsschutzes auf alle Bürger. In normalen Zeiten wäre dies ein historischer Triumph für einen Präsi-

dent. In den brutalen Rezessionsjahren 2009/10 aber galt die Reform vielen Amerikanern als Beleg dafür, dass Obama ihre Sorgen nicht verstand. Schlimmer noch: Da der Präsident mehr als ein Jahr um die Zustimmung des Kongresses zu seiner Krankenversicherungsreform kämpfen musste, verzettelte er sich auf einem Nebenkriegsschauplatz. Damit verlor er die Lufthoheit über das Thema, das die Menschen am meisten bewegte: die Ursachen der Wirtschaftskrise und die Rezepte zu ihrer Überwindung. Das zentrale Feld der politischen Debatte der Opposition zu überlassen war ein kapitaler Fehler.

Dieser Fehler ist umso erstaunlicher, als Obama im Wahlkampf 2008 gezeigt hatte, welch ein inspirierender Redner er war und wie er seinem Rivale John McCain die eigene Agenda aufzwingen konnte. Im Weißen Haus versäumte Obama es jedoch, eine große Botschaft für seine Amtszeit zu entwickeln. Sie hätte etwa so lauten können: „Die Republikaner um Präsident Bush haben das Land durch Deregulierung der Finanzmärkte und Steuererhöhungen für die Wohlhabenden in die schwerste Wirtschaftskrise seit 80 Jahren gestürzt, die Kluft zwischen Arm und Reich enorm vergrößert und die Verschuldung explodieren lassen. Es wird ein langer Weg aus der Krise, aber meine Regierung wird Sie nicht im Stich lassen.“ Das ist zwar nicht die volle Wahrheit, aber ein kraftvolles Argument. Obama hingegen ließ es zu, dass die Tea-Party-Bewegung mit einer Hysteriekampagne den politischen Diskurs in den Vereinigten Staaten bestimmen konnte.

Es gibt mehrere Erklärungen für Obamas Versagen. Die schmeichelhafte Wahlkampfrhetorik und wollte als Präsident die Konfrontation zwischen Demokraten und Republikanern überwinden und die Nation einen. Das war naiv, und damit ist er gescheitert. Obama ist heute so umstritten wie Bush auf dem Höhepunkt des Irak-Kriegs. Wahrscheinlich war auch er zu unerfahren für das Präsidentenamt. Vor seinem Einzug ins Weiße Haus diente er gerade einmal vier Jahre als Senator, nie hatte er als Gouverneur eine Landesregierung oder als Minister eine Behörde geleitet. Möglich scheint schließlich, dass Obama einfach charakterlich ungeeignet ist für die polarisierte, oft gehässige Politik im heutigen Amerika. Er vertraut zu sehr auf das rationale Argument und scheut den Konflikt. Den Fehdehandschuh, den ihm die Tea Party hinwarf, hat er nie aufgehoben. Als Präsident jedoch zu versuchen, es allen recht zu machen, geht selten gut – schon gar nicht bei der kompromisslosen Oppositionspolitik der Republikaner. Zunehmend verfängt damit die Botschaft seines Herausforderers Mitt Romney: „Obama ist ein gutwilliger, aber überforderter Präsident ohne Kompass; in schwierigen Zeiten braucht Amerika aber einen Mann mit Wirtschaftskompetenz und Führungskraft.“ Dem amtierenden Präsidenten bleibt nicht mehr viel Zeit, dieses Bild zu korrigieren und damit die Chancen zu erhöhen, seine deutsche Fangemeinde am 6. November glücklich zu machen.

Der Autor ist Professor für Internationale Politik an der Universität Regensburg.



Michael GERHARDT

Foto Bundesregierung/Ulrich Wienke

## Unkonventionell

Ist das Urteil zum Wahlrecht sein Lebenswerk? Das wird die Zukunft zeigen. In der schwarz-gelben Koalition ist man – wie könnte es anders sein – nicht erbaut über die Entscheidung unter Michael Gerhardts Federführung, die eine abermalige Reform erforderlich macht. Aber das Urteil ist deutlich: einstimmig. Gerhardt ist es als Berichterstatter gemeinsam mit dem Senatsvorsitzenden, Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle, gelungen, in den wesentlichen Punkten alle Richter zu überzeugen. Also auch die konservativen, oder sagen wir besser: die auf Vorschlag der Union gewählten. Vor allem von ihnen ist nun mancher in CDU und FDP enttäuscht. Von Gerhardt dagegen hat man nichts anderes erwartet, zumal sich früh abzeichnete, dass er mit dem Wahlrecht einen großen Wurf plant.

Er fiel schon immer etwas aus dem Rahmen: Als parteiloser, konfessionsloser und geschiedener Richter machte er in Bayern Karriere. Der Weg des aus einer Juristenfamilie stammenden, 1948 in Erlangen geborenen Gerhardt (der Vater war zuletzt Vorstand von Siemens) führte von der bayerischen Verwaltung bis zum Verwaltungsgerichtshof des Freistaates, wo er etwa mit der Wiederaufbauverwaltung in Wackersdorf und dem Münchner Flughafen befasst war. 1996 wurde Gerhardt an das Bundesverwaltungsgericht gewählt. In Berlin und nach dem Umzug des Gerichts nach Leipzig war der drahtige Jurist dort unter anderem für das Hochschul- und das Parteienrecht zuständig.

Im Jahr 2003 wurde der Vater zweier Kinder auf Vorschlag der damaligen Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) in den Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts gewählt. Der verschmitzte Bayer entpuppte sich als in mündlichen Verhandlungen eher zurückhaltender, aber Spuren hinterlassender Richter. So gab er noch als Neuling im Senat ein föderalismus skeptisches Sondervotum im Verfahren zur Juniorprofessur ab. Und im Februar dieses Jahres sah er anders als seine Senatskollegen nicht, dass Professoren auf verfassungswidrig niedrige Weise alimentiert würden: Mit dem Urteil bleibe die in der Tradition der Professorenbesoldung stehende Grundentscheidung des Gesetzgebers „unrespektiert“, nämlich den Chancen und Risiken in Werdegang und beruflicher Entwicklung der Hochschullehrer gerecht zu werden. Das Verfassungsgericht kannte Michael Gerhardt schon früher von innen: Wie viele andere Richter war er in Karlsruhe wissenschaftlicher Mitarbeiter, als Angehöriger des „Dritten Senats“, dessen Einfluss man nicht unterschätzen darf.

Jetzt zählt der asketisch wirkende, aber doch lebensfrohe Verfassungsrichter schon zu den Veteranen im Zweiten Senat. Er baute einst ein Haus auf Usedom aus; musste sich dort eingliedern. Das ist auch im Senat nötig – bis zu einer gewissen Grenze. Die Beteiligung der Bürger beim Bau von Atomanlagen hat er einmal „zwischen Verfassungsgebot und Farce“ angesiedelt. Jetzt hat Michael Gerhardt das Verfahren zur Wahl des Bundestages geprägt. Das Urteil der Geschichte steht noch aus.

REINHARD MÜLLER

Zum dritten Mal in Folge  
Deutschlands beste Fondsgesellschaft.<sup>1</sup>  
DWS Investments.



Ein gutes Gefühl zu wissen, dass mein Geld langfristig in den besten Händen ist. Auch 2012 ist die DWS von DSW/Die Anlegerschutz und Focus-Money wieder als „Deutschlands beste Fondsgesellschaft“ ausgezeichnet worden. Wenn Sie also bei Ihrer Geldanlage langfristig auf einen vertrauensvollen Partner setzen wollen, entscheiden Sie sich am besten für die Nr. 1: DWS Investments.

www.DWS.de

GELD GEHÖRT ZUR NR. 1.



\*Die DWS/DB Gruppe ist nach verwaltetem Fondsvermögen der größte deutsche Anbieter von Publikumsfonds. Quelle: BVI, Stand: Ende Mai 2012. Den Verkaufsprospekt mit Risikohinweisen und die wesentlichen Anlegerinformationen sowie weitere Informationen erhalten Sie in elektronischer oder gedruckter Form kostenlos bei der DWS Investment GmbH, 60612 Frankfurt am Main. Quelle: Focus-Money, 17/12.

